

Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen
Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Nr. 4.

Berlin, den 12. Juli 1916.

11. Jahrgang.

Rückblick und Ausblick.

Am 25. Juni haben die Berliner Genossen zum ersten Male wieder seit mehr als zwei Jahren eine **Verbandsgeneralversammlung** gehabt. Aber zwischen dieser Berliner Parteitagung und der letzten im Juni 1914 liegt ein brandendes Meer erschütternder, furchtbarer weltgeschichtlicher Ereignisse, ein Meer von Blut und Tränen, dessen Wogen heute vielleicht mehr denn je vom Sturmwind dämonisch-gewaltiger Vernichtungskämpfe aufgepeitscht werden. Alle Grundfesten des Völklerlebens, all seine wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Erscheinungen sind erschüttert, und jeder, der sich nicht in stumpfer Ergebung oder gedankenloser Oberflächlichkeit in dieser Weltkatastrophe treiben läßt, muß sich fragen: Was will das werden?

Diese ernst-beforgte Frage hat auch das Leitmotiv unserer letzten Berliner Parteitagung gebildet. Die krampfhaften Zuckungen, die jetzt den Körper der Kulturwelt schwächen und schütteln, haben auch unseren Parteikörper erfaßt. Er hat jetzt eine schwere Krise durchzumachen, gegen die alle früheren in seiner fünfzigjährigen Lebensgeschichte nur Kinderkrankheiten waren.

Man hat den Berliner Genossen bittere Vorwürfe gemacht, daß sie gerade in dieser Krise zusammengetreten sind, um in ihrem Organisationsleben tiefeinschneidende Aenderungen vorzunehmen. Man hat sie verlästert als eine Bande tobstüchtiger Amokläufer, die kein anderes Lebensziel kennen, als gegen die Partei und ihre Organisation zu rasen und zu zertrümmern, was in jahrzehntelanger Arbeit mühsam aufgebaut worden ist. Und dennoch können die Berliner Genossen mit gutem Gewissen sagen, daß sie das, was sie auf ihrer letzten Tagung beschlossen haben, im Interesse der Partei und ihrer Organisation notwendig war.

Zwei Jahre lang war die Partei in ihrem ureigensten Lebenselement, der freien Aussprache in Versammlungen, in der Presse, auf Parteitagungen usw. so gut wie vollständig lahmgelegt. Und dabei wurde gerade sie von all dem, was draußen auf den Schlachtfeldern und

drinnen im Lande geschah oder auch nicht geschah, am rauesten angepöckelt, am tiefsten erschüttert. Eine Bewegung, die groß geworden ist im scharfen Zugwind demokratischer Selbstkritik und demokratischer Kontrolle, kann in der burgfriedlichen Luft nicht das kraftvolle Gebilde bleiben, das sie war, als das Für und Wider der verschiedenen Parteimeinungen frei und ungehindert miteinander ringen und auf demokratischem Wege zu einem Ausgleich gebracht werden konnte. Die Reichstagsfraktion, die parlamentarische Vertretung der Partei, deren Tätigkeit jahrzehntelang der Kontrolle der **Gesamtpartei** unterstellt war, etablierte sich, in gewollter oder ungewollter Anpassung an die durch den Belagerungszustand geschaffenen Zustände, als die höchste und allein maßgebende Parteinstanz. Der Parteivorstand, dessen Mitglieder zum größten Teil als sehr aktive Parlamentarier für die Haltung der Fraktion verantwortlich sind, erblickte seine Aufgabe nicht darin, in dem Meinungsstreit, der durch den Krieg entstanden war, eine vermittelnde und die Einheit wahrende Stellung einzunehmen, sondern er dekretierte, daß die Beschlüsse der Fraktion als die einzig richtigen von der Partei als Ausflüsse unfehlbarer politischer Weisheit hinzunehmen seien. Alle organisatorischen Machtmittel, die zu anderen Zeiten und unter anderen Voraussetzungen dem Parteivorstand in die Hand gegeben waren, fast der ganze bürokratische Apparat der Partei wurde benutzt, ihr die Politik des 4. August und des großen Umlernens aufzuzwingen. Wer die Dinge mit anderen Augen ansah, wer da meinte, der wissenschaftliche Sozialismus und die Beschlüsse unserer Parteitage und internationalen Kongresse ebenso sehr wie die Erfahrungen und Wirkungen des Weltkrieges erforderten gebieterisch eine andere Politik unserer Partei, wurde als „Parteizerstörer“, als Phrasenheld oder als unbelehrbarer Querkopf verlästert, von anderen Beschimpfungen ganz zu schweigen. Ging es doch sogar so weit, daß eigene Parteigenossen den Gegnern der Fraktionsmehrheit vorwarfen, sie stünden im Solde des feindlichen Auslandes.

Dieser Druck von oben erzeugte natürlich den Gegendruck von unten. Die Opposition, die

angesichts der Unterbindung eines freien Organisationslebens zu Mitteln greifen mußte, deren Art und Wirkung ebenfalls der Kontrolle der Gesamtpartei entzogen war, wurde größer und größer. Die Dauer des Weltkrieges und seine Wirkungen gaben ihren Auffassungen immer mehr Recht. Die Meinungsgegensätze in der Partei wurden tiefer und schärfer. Noch wäre es für den Parteivorstand Zeit gewesen, vermittelnd und ausgleichend einzugreifen, auf dem Boden der Organisation und nach demokratischen Grundsätzen den Meinungskampf zum Austrag kommen zu lassen. Aber seine Mitglieder sind selbst zu sehr Partei, als daß sie sich dazu entschließen konnten. Wirkliche oder vermeintliche, aus der Kriegsnot verständliche Verstöße gegen die äußere Form des Parteistatuts gaben ihm Anlaß zu rücksichtslosen, diktatorischem Vorgehen gegen die unbequeme Opposition. Klare und unzweideutige Angriffe auf unser Parteiprogramm, unsere Theorien und Grundanschauungen in der Presse usw. wurden von ihm dagegen mit nachsichtigem Schweigen hingenommen. Unter dem Vorwande, die Einheit der Partei aufrechtzuerhalten, wurde mit allen Machtmitteln gegen die Opposition vorgegangen, wobei man kaltblütig Verletzungen des Organisationsstatutes beging, um gleichzeitig in den schärfsten Tönen über Organisationswidrigkeiten der anderen Seite zu zetern und zu Maßnahmen zu greifen, die das Vorgehen der Zensur in den Schatten stellen. Ein solches Vorgehen mußte verbitternd wirken und besonders ungestüme Strömungen innerhalb der Opposition auf die Propagierung von Abwehrmaßnahmen bringen, die im Widerspruch stehen zu den Bestimmungen des Organisationsstatutes und dem Geiste und den Traditionen unseres deutschen Organisationslebens (Beitragsperre).

Im Laufe der zwei Kriegsjahre ist die überwältigende Mehrheit der Berliner Parteigenossen in Gegensatz geraten zu der vom Parteivorstand und Fraktionsmehrheit verfolgten Politik und Taktik. Ein großer Teil der in leitenden Stellungen sitzenden Genossen der einzelnen Berliner Organisationen, vor allem aber der geschäftsführende Ausschuß des Groß-Berliner Wahlkreisverbandes, standen aber entschieden zu Parteivorstand und Fraktionsmehrheit. Ihnen galt die schematisch-demokratische Fraktionsdisziplin für weit wichtiger als die auf Grund eines höheren demokratischen Prinzips zustande gekommenen Beschlüsse der Parteitage, mehr als der Massentille und das Massempfinden, das noch stets das Rückgrat unserer Bewegung gebildet hat. Auf ihre Kosten gestellt wurden diese Genossen zu einer Zeit, in der die Uebereinstimmung ihrer Anschauungen mit dem Mehrheitswillen ihrer Organisationen selbstverständliche Voraussetzung ihrer Wähler war. Hörte dieses Vertrauen und diese Ueberein-

stimmung zwischen Wählern und Gewählten auf, mußte es zu tiefgehenden, das Organisationsleben vergiftenden Differenzen kommen. Das einzige Mittel zur Wiederherstellung gesunder Verhältnisse war das Korrektiv von Neuwahlen, die das Verhältnis zwischen der Parteigenossenschaft und ihren Funktionären wieder ins Gleichgewicht brachten. Daß dabei mancher Parteigenosse, der jahrzehntelang in den vordersten Reihen der Berliner Parteibewegung gestanden hat, dem Mehrheitswillen der Delegierten, als den Beauftragten der Berliner Parteigenossen, weichen mußte, ist vom menschlichen Standpunkte gewiß schmerzlich, muß aber um des höheren Organisationsinteresses willen ertragen werden.

Eine besonders scharfe Note erhielt die Abrechnung auf der Verbandsgeneralversammlung durch die Art, mit der der Parteivorstand in die durch Statut und Tradition festgelegten Rechte der Berliner Genossen auf ihr **Partiorgan** eingegriffen hat. Die Einzelheiten dieses „Vorwärts“-Konfliktes sollen hier nicht aufgerollt werden, sie sind bekannt genug. Und da sie weit über die Grenzen Berlins hinaus Bedeutung haben, werden sie auch noch den kommenden Parteitag beschäftigen. Unerhört und für eine Partei wie die unsere ganz besonders schmähdlich und beschämend ist es, daß der Parteivorstand unter Ausschaltung der Berliner Preßkommission Berliner Organisationen daran gehindert hat und noch hindert, ihre Willensäußerungen in ihrem eigenen Blatte zu veröffentlichen. Der Einheit der Partei wollte man angeblich damit dienen, in Wirklichkeit hat man die schon vorhandene Verbitterung ins Riesenausmaß gesteigert.

Die Groß-Berliner Verbandsgeneralversammlung und die Berliner Wahlkreise haben durch Neuwahlen Genossen ihres Vertrauens in die Parteiämter gesetzt. Es wäre Illusion, zu erwarten, daß diese Genossen mit einem Ruck die Partei und die Berliner Bewegung aus aller innerer und äußerer Bedrängnis herausführen könnten. Dazu lasten Kriegszwang und Kriegsnot noch zu schwer auf uns. Aber der unselige Gegensatz zwischen Funktionären und Organisation ist beseitigt. Das neugeschaffene Vertrauensverhältnis wird auch das jetzt mögliche Organisationsleben befruchten. Dieses Leben aber wird und muß sich — wiederum nach den Beschlüssen der überwältigenden Mehrheit der Verbandsgeneralversammlung — abspielen auf dem Boden unseres Organisationsstatuts, im Geiste des wissenschaftlichen Sozialismus und nach den Richtlinien der Beschlüsse unserer Parteitage und der internationalen Kongresse. Die Entschließungen der Verbandsgeneralversammlung — sofern sie nicht totes Papier bleiben sollen — verpflichten die Berliner Genossen, gleichermaßen Front zu machen gegen Annäherung und Gewaltstreiche der oberen

Parteiinstanzen wie gegen unbefonnene und das Wesen unserer deutschen Organisationseigenart nichtachtende Vorstöße von unten her. Mit dieser Aufgabe hat die Verbandsgeneralversammlung ihre neugewählten Funktionäre betraut, diese bei der Erfüllung ihrer Aufgabe zu unterstützen, ist Pflicht der Berliner Parteigenossinnen und -genossen.

Bericht über die Generalversammlung von Groß-Berlin

am Sonntag, den 26. Juni 1916.

Der Vorsitzende Ernst eröffnete die Generalversammlung vormittags 9½ Uhr mit der bekannten Tagesordnung. Abänderung derselben wurde nicht vorgenommen. Den im Felde gefallenen Genossen widmete Genosse Ernst einen warmen Nachruf, indem er der Hoffnung für eine baldige Beendigung des Krieges Ausdruck gab. Genosse Radtke-Neufölln beantragte vor Eintritt in die Tagesordnung die Zulassung der Delegierten des Neuföllner Wahlvereins. Von dem alten Kreisvorstand von Teltow-Beeskow seien den Neuföllnern keine Delegiertenkarten zugesandt, sondern in einem Schreiben sei ihnen mitgeteilt worden, solange der Neuföllner Antrag, die Beitragsperre betreffend, nicht aufgehoben sei, hätten die Neuföllner kein Recht, an der Generalversammlung teilzunehmen. An der Hand einwandfreien Materials weist Redner nach, daß ihr Ortsverein 48 Prozent aller Einnahmen des Zentralwahlvereins für Teltow-Beeskow aufbringe, auch habe der Verein formgerecht das letzte Quartal abgerechnet; demgemäß sei das Vorgehen des alten Zentral-Wahlvereinsvorstandes unberechtigt.

Die Versammlung beschloß, nachdem noch von zwei Rednern Ausführungen gemacht worden waren — Groger, altes Zentralvorstandsmitglied von Teltow-Beeskow, die Angelegenheit für erledigt zu betrachten erklärte —, die Zulassung der Delegierten von Neufölln und Groß-Lichterfelde. Im Geschäftsbericht, der hierauf von dem Vorsitzenden Eugen Ernst gegeben wurde, ging derselbe auf die bekannten Vorgänge, die aus der Stellungnahme der Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion sich entwickelt haben, ein, spielte dann auf eine angeblich wohlorganisierte Opposition an und bemerkte, daß der Zentralvorstand dazu Stellung genommen hätte; eine Verurteilung der Abhaltung von Sonderkonferenzen sei da erfolgt. Auch hätten private Sammlungen stattgefunden, die gleichfalls nicht die Billigung des Vorstandes gefunden hätten. Wenn dann dem Geschäftsführenden Ausschuss wegen zu wenig Initiative zu Aktionen in dieser Zeit ein Vorwurf gemacht werde, so sei solcher nicht angebracht. Als im

März der Zentralvorstand die Versammlungen zu den Steuervorlagen beschloßen hatte und aus der Beteiligung an diesen Versammlungen sich die weitere Entwicklung für andere Unternehmungen ergeben sollten, stellte es sich heraus, daß der Besuch wenig Ermutigendes für die Folge ergab.

Aus dem Kassenbericht, den der Kassierer Boeske gab, der ebenso wie der Vorstandsbericht gedruckt vorlag, ist zu bemerken, daß die Verbandskasse während der Dauer ihres Bestehens — ein Zeitraum von 10 Jahren — an den Parteivorstand 1½ Millionen Mark abgeführt habe. Zurzeit sei die Lage der Verbandskasse keine gute. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt.

Die auf die Berichte folgende ausgiebige Diskussion sowie das Schlußwort und die daran anschließenden persönlichen Bemerkungen sind in großer Ausführlichkeit im „Vorwärts“-Bericht vom 27. Juni 1916 zu finden, worauf hier hingewiesen wird. Ebenso weisen wir auf den Bericht über die „Vorwärts“-Angelegenheit, die vom Genossen Däumig behandelt wurde, und die darauf folgende Diskussion hin. Zum Schluß wurden folgende Resolutionen, nachdem ein Antrag mit 140 gegen 123 Stimmen den Schluß der Debatte herbeiführte, mit großer Mehrheit angenommen.

Resolutionen.

I.

Die am 25. Juni d. J. in den „Germania-Jälen“ tagende Verbandsgeneralversammlung Groß-Berlins hält die Gründung der Fraktion „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“ im Interesse der deutschen Arbeiterchaft und des internationalen Proletariats für notwendig und spricht derselben ihr Vertrauen aus. Die Generalversammlung verpflichtet sich, in deren Sinne und zum Zwecke unverbrüchlichen Zusammenhaltens der Partei zu wirken. Krause.

II.

Die Verbandsgeneralversammlung spricht der Redaktion des „Vorwärts“ ihre volle Anerkennung und ihre Billigung für die Bemühungen aus, unter den heutigen schwierigen Verhältnissen die Grundsätze des internationalen Sozialismus hochzubalten und spricht die Erwartung aus, daß sie auch in Zukunft, unbeirrt durch alle Hindernisse, diese Grundsätze aufs schärfste und konsequenteste im Organ der Berliner Genossen zum Ausdruck bringt. Sichhorn.

III.

Die Generalversammlung beschließt:

1. Die Präventivzensur, die selbst als außergewöhnlicher Staatsakt in Kriegszeiten die entschiedenste Verurteilung erfährt, ist nicht nur verwerflich, sondern auch verächtlich, wenn sie von einem Organ der sozialdemokratischen Partei gegen eine Zeitung ausgeübt wird.

Die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der „Vorwärts“-Redaktion galt unter allen Umständen als unantastbar, bis sie in schimpflichster Weise

von dem gegenwärtigen Parteivorstande unterbunden wurde.

Sie wiederherzustellen ist die dringendste Forderung der Berliner Parteigenossen.

2. Vorwärts-Unternehmen und -Druckerei sind durch unermüdete Arbeit und große Opfer der Berliner Genossen geschaffen worden. Die juristischen Träger dieser Unternehmungen sind lediglich Treuhänder der Berliner Genossen auf Grund besonderen Vertrauens, so lange dieses Vertrauen besteht. Sie handeln treulos, wenn sie unter Bruch dieses Treueverhältnisses den Willen der wahren Eigentümer, das ist: der Berliner Genossen, mißachten.

3. Obwohl die Geduld der Berliner Genossen durch die Herausforderung des Parteivorstandes und des Genossen Richard Fischer auf die härteste Probe gestellt worden ist, so wird doch der neugewählte Vorstand von Groß-Berlin aufgefordert, allein oder in Gemeinschaft mit der Preßkommission in Verhandlung mit dem Parteivorstand zu treten, um auf gültlichem Wege die Präventivzensur im „Vorwärts“ zu beseitigen und der „Vorwärts“-Redaktion wenigstens das infolge der staatlichen Zensur noch übriggebliebene Maß von Freiheit und Unabhängigkeit zu verschaffen.

4. Sollte die Verhandlung mit dem Parteivorstand nicht zu diesem Ergebnis führen, so werden die Berliner Genossen die Angelegenheiten des „Vorwärts“ ohne Rücksicht auf den Parteivorstand allein regeln, um sich den Einfluß zu sichern, der auch dem kleinsten Parteiort auf sein Parteiorgan zusteht.

Der neugewählte Vorstand wird ermächtigt, im Einvernehmen mit der Preßkommission schleunigst alle dazu erforderlichen Schritte zu tun und die Bestätigung durch eine neue Generalversammlung nicht abzuwarten, falls deren Abhaltung vertagt werden sollte.

Die Verantwortung für die schädlichen Folgen, die dieser Schritt für die Partei haben sollte, fällt ausschließlich dem Parteivorstand und dem Genossen Richard Fischer zu. Eichhorn.

IV.

Die Generalversammlung erklärt in Uebereinstimmung mit dem einstimmigen Beschluß der Preßkommission, der nicht durch einen Mehrheitsbeschluß der Kontrollkommission aufgehoben ist, die Kündigung und Entlassung des Genossen Meher aus der „Vorwärts“-Redaktion für unrechtmäßig und ersucht in Uebereinstimmung mit dem Zentralvorstand den Kassierer, das Gehalt des Genossen Meher aus der Kasse auszuzahlen und die ausbezahlten Gehaltsbeträge von den an die Gesamtpartei abzuführenden Beiträgen abzuziehen. Eichhorn.

V.

Die Generalversammlung des Verbandes hält die Einheit und Geschlossenheit der Partei für ein notwendiges Erfordernis für den Aufstieg der Arbeiterklasse; sie erklärt aber, daß diese Einheit gegründet sein muß auf die Grundsätze des sozialdemokratischen Programms, auf die altbewährte Taktik der Partei und auf die Beschlüsse nationaler und internationaler Kongresse.

Die Generalversammlung hält die Politik, die als die Politik des 4. August von der Mehrheit der Reichstagsfraktion betrieben worden ist und noch betrieben wird, mit diesen Grundsätzen und Be-

schlüssen nicht vereinbar und erhebt Einspruch dagegen, daß diese Politik als die Politik der Partei ausgegeben wird.

Wie die Reichstagsfraktion nur ein Organ der Partei sein kann, das der Gesamtpartei Rechenschaft schuldig ist, so hat auch der Parteivorstand als ausführendes Organ der Gesamtpartei kein Recht, der Partei die Politik der Mehrheit der Reichstagsfraktion als die maßgebende Politik der Partei vorzuschreiben.

Die Versammlung gibt ihrer Empörung Ausdruck darüber, daß der Parteivorstand dieses sein Bestreben durchzusetzen sucht durch Anwendung brutaler Gewaltmittel, wie das in Duisburg, Frankfurt a. M., Bremen und in Berlin durch Maßregelung unbequemer Genossen und durch Einschränkung der freien Meinungsäußerung der Genossen und der Presse in widerwärtige Erscheinung getreten ist.

Solche Maßnahmen sind geeignet, der Zerspaltung und Zertümmung der Partei die Wege zu bahnen.

Die Parteigenossen versprechen, trotz der die Partei in der schwersten Weise schädigenden Maßnahmen des Parteivorstandes die Grundsätze der Partei und ihre alterprobierte proletarische Taktik hochzuhalten und der Organisation und unserer Presse die Treue zu bewahren.

Sechster Wahlkreis.

Eine Sympathieumgebung für Karl Liebknecht, vom Genossen Adolf Hoffmann eingebracht, wurde einstimmig angenommen.

Hierauf begründete Genosse Emil Eichhorn nachstehende Resolution, die, ohne daß eine weitere Diskussion darüber stattfand, einstimmig angenommen wurde.

„Die Generalversammlung weist die Annahme der preussischen Landeskommission zurück, die den Parteiorganisationen Groß-Berlins vorzuschreiben sich herausnimmt, wie sie ihren Vorstand zusammensetzen sollen. Der Beschluß der Landeskommission ist auch ein offener Bruch des Statuts der Landesorganisation für Preußen.

Nach § 3 dieses Statuts hat der heute gewählte Vorstand als geschäftsführender Ausschuß der Landeskommission zu fungieren.

Die Generalversammlung fordert den heute gewählten Vorstand auf, diese Funktion auszuüben und sich von dem Boden des Organisationsstatuts durch jenen organisationswidrigen Beschluß nicht abdrängen zu lassen.“

Nach Erledigung des ersten Punktes und zwischendurch bei Beratung der darauffolgenden anderen Angelegenheiten wurden die Wahlen vorgenommen und die Resultate bekanntgegeben, die sich wie folgt stellten. Es erhielten Stimmen: 1. Vorsitzender Adolf Hoffmann 307, Eugen Ernst 67; Schriftführer Hermann Weise 244, Th. Fischer 56, Eberlein 66; Kassierer Richard Herbst 294, Voeseke 59. Als Vertreterinnen der Frauen wurden gewählt: Jährenwald, Wurm, Reichert, Dunder und Kiesel. Zu Revisoren: Ludwig Borchardt, Paul Burghardt, F. Zimmermann, Otto Osburg, Ernst Andree. Als Parteiaussschußvertreter erhielt Stadthagen 262, als Parteiaussschuß-Stellvertreter Rosa Luxemburg

243 Stimmen. Der Bildungsausschuß setzt sich zusammen aus den Genossen Dämmig, Frasseck, Maßigkeit, Bergmann, Meyer, Eichhorn und den Genossinnen Wurm und Kautsky.

Die von den Kreisen vorgeschlagenen Genossen zu den einzelnen Kommissionen wurden bestätigt.

Auf Antrag Varenthin (4. Kreis) wurde die Wahl des Vertreters für die preußische Landeskommission zwecks Stellungnahme zu Vorschlägen den Kreisen überwiesen. Der Zentralvorstand soll dann die endgültige Delegation vornehmen.

Weiter wurde beschlossen, den neugewählten Kassierer zu den alten Bedingungen anzustellen. Der Schriftführer wird seine Funktionen vorläufig ohne Befoldung ausüben. Ein Antrag, dem Vorstand die Ermächtigung zu geben, letzteren gleichfalls wenn nötig anzustellen, wurde mit knapper Mehrheit abgelehnt. Nachdem noch eine kurze Auseinandersetzung zwischen den Genossen Adolf Hoffmann und Eugen Ernst stattgefunden, erfolgte der Schluß um 6¾ Uhr.

Aus dem Zentralvorstand und Aktionsauschuß.

Zentralvorstand.

Sitzung am 16. Juni 1916.

In der Sitzung des Zentralvorstandes am 26. Mai d. J. wurde der geschäftsführende Ausschuß beauftragt, die Reuenerkommission zu veranlassen, daß in der nächsten Sitzung dem Zentralvorstande der Gesellschaftsvertrag vorgelegt werde. Auf das an den Obmann der Reuenerkommission gerichtete Ersuchen hat derselbe folgendes geantwortet:

Werte Genossen!

Bestätige dankend den Empfang Ihres Schreibens bzw. Aufforderung vom 6. d. M. und bemerke, daß ich nicht in der Lage bin, dem Zentralvorstand ohne einen dahingehenden Beschluß der Reuenerkommission den Gesellschaftsvertrag vorlegen zu können.

Im übrigen verweise ich auf den Beschluß der Reuenerkommission vom 24. 5. cr., worin uns ausdrücklich gesagt wird, unersetzlich so lange von einem Beschluß Abstand zu nehmen und nicht früher in die Streitigkeiten zwischen der Redaktion, Preßkommission und dem Genossen Fischer einzugreifen, bis die Kontrollkommission gesprochen, d. h. ihre Entscheidung gefällt hat.

Im übrigen wollen Sie gefälligst davon Kenntnis nehmen, daß ich vom 4. 6. bis 24. 6. a. c. beurlaubt bin und mich außerhalb Berlins befinde.

Mit Parteigrüß

J. A.: Carl Alboldt,
Obmann.

Nach dieser Mitteilung muß von einer Besprechung der Angelegenheit Abstand genommen werden.

Vom vierten Wahlkreis ist der Antrag gestellt, der Reuenerkommission aufzugeben, bei ihrer Beratung über die Zensur des „Vorwärts“ durch den Parteivorstand ein Mitglied der Preßkommission sowie einen Redakteur des „Vorwärts“ hinzuzuziehen.

Dieser Antrag wird vom Zentralvorstand angenommen.

Zur Angelegenheit des Redakteurs Meyer teilt der Vorsitzende mit, daß der geschäftsführende Ausschuß dem Genossen Meyer sein Gehalt nicht ausbezahlt habe, wie es der Zentralvorstand beschlossen hat. Dieser Beschluß verstoße gegen das Statut und gegen die Beschlüsse der Verbands-Generalversammlung. Dem Zentralvorstand stehe das Recht der Gehaltsbewilligung für einen Redakteur nicht zu. Die Redaktion, insbesondere der Redakteur Meyer stehe in keinem Anstellungsverhältnis zum Verbands. Außerdem sei auch von einer Anzahl Genossen des Zentralvorstandes gegen die Ausbezahlung des Gehalts protestiert worden, und zwar habe der schriftliche Protest folgenden Wortlaut:

Die unterzeichneten Mitglieder des Zentralvorstandes protestieren gegen den Beschluß seiner Mehrheit vom 26. Mai 1916, wonach das Gehalt für den entlassenen Redakteur Meyer aus Mitteln des Verbandes gezahlt werden soll. — Die Mehrheit des Zentralvorstandes hat sich mit diesem Beschluß Rechte angemacht, die ihr nicht zustehen.

Die Aufgaben des Verbandsvorstandes sind im § 3 des Statuts in aller Klarheit festgelegt. — Und nur für diese Zwecke darf der Kassierer Gelder verwenden. — Zu diesen gehört aber die Befoldung der Redakteure nicht; diese ist vielmehr, wie ihre Anstellung, Aufgabe der Preßkommission und des Parteivorstandes.

Der Bezahlung des Gehalts für Meyer steht außerdem der Beschluß der Verbandsgeneralversammlung vom 25. August 1912 entgegen, durch welchen dem Zentralvorstande jede eigenmächtige Gehaltserhöhung oder Gewährung von Teuerungszulagen sogar an die Angestellten des Verbandes untersagt wurde.

Franz Thurow, Gustav Schmidt, A. Vittorf,
J. Jänicke, G. Schröder, Fritz Boit,
A. Stieffenhofer, E. Basner, Carl Alboldt,
Esfriede Ryned, Franz Lucht, Albert Sahnisch,
A. Benzel, Julius Meyer, August Pohl,
Alexander Fröhlich.

Infolgedessen habe der Kassierer im Einverständnis mit seinen Kollegen im geschäftsführenden Ausschuß den Auftrag des Zentralvorstandes nicht ausgeführt.

Hiergegen wird von den Genossen Lehle, Eichhorn, Laufant, Weise und Leid auf das allerstärkste protestiert und verlangt, daß die Beschlüsse des Zentralvorstandes ausgeführt werden. Genosse Boeske geht noch einmal auf die Gründe ein, die für sein Verhalten maßgebend gewesen sind und führt dann aus, wenn die Zentralvorstandsmehrheit durchaus auf ihrem Standpunkt beharre, dann gehe es nur in der

Form, daß dem Genossen Meyer ein Darlehn gegeben werde. Dies wird dann auch auf Antrag des Genossen Leid mit 27 gegen 13 Stimmen beschlossen.

Zur Tagesordnung der Verbands-Generalversammlung werden die Vorstandsvertreter er sucht, etwaige Anträge, sowie die Adressen der vorgeschlagenen Zentralvorstandsmitglieder dem Bureau einzureichen.

Ueber die Zusammenziehung des Bezirksbildungsausschusses wird berichtet, daß die Gewerkschaftskommission wiederholt abgelehnt habe, eine Aussprache zur Klärung herbeizuführen. Auch die letzte schriftlich beantragte Sitzung habe Genosse Körsten telephonisch abgelehnt. Infolgedessen nimmt der Zentralvorstand folgenden Antrag an:

Der Zentralvorstand nimmt Kenntnis von der Mitteilung der Berliner Gewerkschaftskommission über den Abbruch der Beziehungen zum Bezirksbildungsausschuß und beschließt, den Bezirksbildungsausschuß nur mit Vertretern der Partei zu besetzen.

Der Bezirksbildungsausschuß soll in Zukunft aus 8 Genossen bestehen, aus jedem Kreise ein Genosse. Dazu kommt als neuntes Mitglied der Sekretär des Ausschusses.

Nachdem Genosse Dämmig noch über die letzten Zensurverfügungen Mitteilung gemacht hatte, wird beschlossen, der Redaktion bei Aufnahme der Bekanntmachungen über die Veranstaltungen der Jugendlichen freie Hand zu lassen. Es sollen neben den Bekanntmachungen der alten Jugendorganisation auch die Bekanntmachungen des neuen Bildungsvereins berücksichtigt werden.

Zentralvorstand.

Sitzung am 26. Juni 1916.

Konstituierung des Vorstandes und der Kommissionen. Der Vorsitzende Adolf Hoffmann begrüßt nach der Eröffnung die Neugewählten. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß ein einiges gemeinsames Bemühen aller Genossinnen und Genossen im Vorstand die Arbeiten, die für eine weitere gute Entwicklung der Organisationen in Groß-Berlin sich ergeben, beleben möge. Einmal müsse auch diese schwere Zeit, an der wir keine Schuld und Verantwortung tragen, ein Ende finden, dann müsse uns die Zeit gerüstet finden. Nicht nachlassen in unseren Zielen, sondern vorwärts und aufwärts.

Als erster Punkt beschäftigte die Sitzung die Konstituierung des gesamten Vorstandes. Als zweiter Vorsitzender wurde Genosse Leid (6. Kreis) gewählt.

Die Kommissionen traten hierauf einzeln zur eigenen Leitungswahl zusammen. Die Zusammenziehung mit Vorritt erfolgte wie umstehende Liste des gesamten Vorstandes zeigt.

Zur Frage der Kündigung der nichtwieder-gewählten angestellten Vorstandsmitglieder, des Kassierers Boeske und des Schriftführers Fischer, berichtet der erste Vorsitzende, daß eine Aussprache zwischen der neugewählten Geschäftsleitung und den Gen. Boeske und Fischer stattgefunden habe. Beide Genossen hätten sich, nachdem sie von verschiedenen Forderungen Abstand genommen, bereiterklärt, die Kündigung, lautend bis zum 30. September 1916, anzunehmen. Nur forderten sie die Nachzahlung der am Anfang des Krieges in Abzug gekommenen Summe, die für jeden 250.— Mk. betrage.

Von allen Rednern wurde diese Forderung anerkannt, auch daß ihnen das Gehalt sofort bis zum Ende des Quartals voll ausbezahlt wird. Es wurde demgemäß einstimmig beschlossen.

Die in der Generalversammlung angenommenen Resolutionen wurden, nachdem eine kurze Aussprache stattgefunden, dem Aktionsausschuß zur weiteren Vorarbeit überwiesen.

In der Sache Kinderschutzkommission beantragte Barentzin (4. Kreis), der Kommission durch den Zentralvorstand den Vorschlag zu machen, die Genossin Demming als erste Vorsitzende vorzuschlagen und von der Gepflogenheit, den Kassierer des Verbandes zum Vorsitzenden zu bestimmen, abzugehen. Dem wurde zugestimmt.

Auf Vorschlag der Genossin Wurm wurde von einer Stellungnahme zum Bezirksjugendausschuß, bis nähere Klärungen vorliegen, Abstand genommen.

Ebenso wurde die Angelegenheit des Groß-Berliner Bildungsausschusses zurückgestellt.

Ein Antrag des 6. Kreises, in welchem die Abbestellung der Partei-Korrespondenz gefordert wird, wurde zur Beratung den Kreisen überwiesen. Nach dem Julizahlabend soll Beschluffassung im Vorstand stattfinden.

Aktionsausschuß.

Sitzung vom 30. Juni 1916.

Beratung der in der Generalversammlung angenommenen Resolutionen.

Resolutionen I, II, IV und V wurden nicht debattiert. Zu Resolution III sprachen die Genossen Dämmig, Leid, Glöckner, Laufant, Weber, Eichhorn, Weise, Schwahn, Eberlein, P. Hoffmann und Braun. Von allen Rednern wurde betont, alles zu versuchen, laut Absatz 3 der Resolution die unerquicklichen Verhältnisse, wenn möglich, bald aus der Welt zu schaffen. Es wurde vom Genossen Dämmig beantragt, eine gemeinsame Sitzung auf Grund des genannten Absatzes der Resolution zwischen Parteivorstand und Preßkommission unter Hinzuziehung des Geschäftsführenden Ausschusses und der 1. Vorsitzenden der Kreise stattfinden zu lassen. Den Parteivorstand um seine Zustimmung hierzu zu ersuchen.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die Resolution, die preußische Landeskommission betreffend, ergab, daß alle Redner, die hierzu das Wort nahmen, übereinstimmend zum Ausdruck brachten, daß die Resolution das ausdrücke, was alle Genossen, denen es mit der Einheit der Partei ernst ist, sagen können. Der Geschäftsführende Ausschuß wird an die Genossen Ernst, Boeske und Fischer eine Aufforderung um Herausgabe des Materials, die preußischen Angelegenheiten betreffend, richten. Die weiteren Schritte bleiben vorbehalten.

Die Anstellung des Kassierers. Laut Beschluß der Generalversammlung soll die Anstellung des Kassierers wieder erfolgen. Dem Zentralvorstand soll seitens des Aktionsausschusses der Vorschlag unterbreitet werden, die Anstellung Herbsts so stattfinden zu lassen, wie bei der Anstellung des Genossen Fischer im Jahre 1912 verfahren wurde, das heißt nach der Stufe des Gehalts, das nach der Dienstzeit in genossenschaftlichen Betrieben und Betätigungen erreicht ist.

Verband der Sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Die Uebernahme der Verbandsgeschäfte durch den neugewählten Zentralvorstand erfolgte am 28. Juni 1916.

Die Geschäfte werden wie zuvor durch das Bureau, Lindenstr. 3, 3. Hof 3 Treppen, erledigt. Bureauzeit bis auf weiteres vormittags von 9 bis 1 Uhr und nachmittags von 5 bis 8 Uhr. Alle Zuschriften, Verbandsgeschäfte Groß-Berlins betreffend, und alle Geldsendungen sind an Hermann Weise, Bureau: Lindenstr. 3, 3. Hof 3 Treppen, zu senden.

Im Nachstehenden die Adressen des gesamten Vorstandes, der Vorsitzenden der Kommissionen, ferner der Vorsitzenden und Kassierer der einzelnen Wahlkreise Groß-Berlins.

A. Aktionsausschuh:

- Aldolf Hoffmann, D. 27, Blumenstr. 22, 1. Vorsitzender. Fernsprecher: Amt Königstadt, 563 (Nebenanschluß).
- Karl Reid, SW. 68, Lindenstr. 3, 2. Vorsitzender.
- Hermann Weise, SW. 68, Lindenstr. 3, Schriftführer. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, 4740—4741.
- Richard Herbst, SW. 68, Lindenstr. 3, Kassierer. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, 4740—4741.
- Karl Petermann, SW. 68, Ritterstr. 49.
- L. Jacobowski, SW. 47, Kreuzbergstr. 72.
- Mathilde Wurm, W. 35, Steglitzer Str. 45.
- Justin Braun, Köpenick, Kaiser-Wilhelm-Str. 69.
- Paul Hoffmann, D. 34, Gubener Str. 5.
- Hermann Varentsin, D. 17, Stralauer Platz 10 u. 11.
- Otto Gallas, ND. 43, Georgenkirchstr. 48.

- Minna Lohse, N. 58, Oderberger Str. 20.
- Minna Reichert, NW. 52, Lüneburger Str. 7 IV.
- Hugo Eberlein, Mariendorf, Ringstr. 82 I.
- Max Zirkel, Neukölln, Weigandufer 7.
- Otto Glöckner, D. 112, Gryphiusstr. 34 III.
- Emilie Brühl, D. 112, Neue Bahnhofstr. 31 III.
- Emil Eichhorn, ND. 18, Langenbeckstr. 9 III. Obmann der Preßkommission.
- Gustav Laufant, N. 39, Nordufer 11. Obmann der Schiedsgerichtskommission.
- Alfred Schwahn, S. 42, Ritterstr. 20. Obmann der Lokalkommission.
- Emil Basner, N. 20, Prinzenallee 46a. Obmann der Stadtverordneten und Gemeindevertreter.
- Paul Burghardt, D. 34, Straßmannstr. 29. Obmann der Revisoren.
- Richard Weimann, SW. 68, Lindenstr. 3. Sekretär des Bezirksjugendausschusses.
- Martha Demming, D. 34, Vorhagener Str. 29. Vertreterin der Rinderschuhkommission.
- Ernst Däumig, Redaktion des „Vorwärts“. Bildungsausschuh.

B. Preßkommission:

- Johanna Ludwig, C. 2, Nikolaitirchplatz 4/5.
- Fritz Schäfer, S. 59, Gräfeistr. 65a.
- Emil Krüger, W. 35, Lützowstr. 81.
- Hermann Tschischke, SD. 36, Mantuffelstr. 76 II.
- Emil Eichhorn, ND. 18, Langenbeckstr. 9.
- Ch. Gutekunst, D. 17, Koppenstr. 33 bei Krüger.
- G. Müller, D. 34, Memeler Str. 5.
- Agnes Fahrenwald, D. 34, Zorndorfer Str. 13.
- Karl Bollmerhaus, NW. 6, Philippstr. 5.
- Otto Zander, N. 65, Otavistr. 30.
- Fritz Gligische, N. 20, Soldiner Str. 33.
- Frau Schubert, N. 20, Soldiner Str. 13.
- Dr. R. Luxemburg, Südende, Lindenstr. 2.
- Albert Westphal, Mariendorf, Dorfstr. 36.
- Franz Künstler, Neukölln, Treptower Str. 23 IV.

- Oskar Wigke, D. 112, Grüneberger Str. 9 III.
- Albert Lehle, Weißensee, Wörther Str. 15.

Alle Mitteilungen und eventuellen Beschwerden, den „Vorwärts“ betreffend, sind an den Obmann der Preßkommission, Emil Eichhorn, ND. 18, Langenbeckstr. 9, zu richten.

C. Schiedsgerichtskommission.

- Albert Dehmigen, C. 2, Sieberstr. 15.
- Ferdinand Ewald, S. 59, Schönleinstr. 6.
- Gustav Müller, SD. 36, Grünauer Str. 26.
- E. Kunze, D. 34, Petersburger Str. 55.
- Eugen Rosemann, ND. 55, Winsstr. 58.
- Gustav Laufant, N. 39, Nordufer 11.
- Franz Waltherr, Bohnsdorf bei Grünau, Paradiesstr. 6.
- Räte Dunder, Steglitz, Rothenburgstr. 5.
- Theodor Gekner, Pankow, Nordbahnstr. 3.

Alle Anträge, die Schiedsgerichtskommission betreffend, sind an Gustav Laufant, N. 39, Nordufer 11, zu richten.

D. Lokalkommission:

Albert Schide, D. 34, Gubener Str. 48.
 Alfred Schwahn, S. 42, Ritterstr. 20.
 Ernst Tschidert, S. D. 26, Admiralstr. 23.
 Karl Rott, D. 34, Straßmannstr. 29.
 Andreas Hader, R. 24, Auguststr. 91.
 Alfred Goetze, M. D. 55, Belforter Str. 11.
 C. Kaiser, Neukölln, Wildenbruchstr. 86.
 Ernst Werkmann, Friedrichshagen, Köpenicker
 Straße 18.
 Anna Kiesel, Reinickendorf-West, Eichbornstr. 87.
 Alle Mitteilungen, Zuschriften und Be-
 schwerden in Lokalanangelegenheiten für Berlin
 und Umgegend sind nur an den Obmann der
 Kommission, Alfred Schwahn, S. 42, Ritter-
 straße 20, zu richten.

E. Revisoren:

Ludwig Borchardt, S. D., Reichenberger Str. 52,
 part.
 Paul Burghardt, D. 34, Straßmannstr. 31.
 F. Zimmermann, N. B. 87, Waldstr. 23.
 Otto Osburg, Groß-Lichterfelde, Kaiserstr. 10.
 Ernst André, Weizensee, Gürtelstr. 14 III.
 Obmann der Revisoren ist Paul Burghardt,
 D. 34, Straßmannstr. 31.

Vorsitzende und Kassierer der Wahlvereine.

1. Kreis. Vorsitzender: Karl Petermann, S. B. 68, Ritterstr. 49.
 Kassierer: Max Holzmann, S. B. 29, Mitten-
 walder Str. 39.
2. Kreis. Vorsitzender: L. Jacobowski, S. B. 47,
 Kreuzbergstr. 73.
 Kassierer: Gustav Schmidt, S. 61, Bär-
 waldstr. 42.
3. Kreis. Vorsitzender: Justin Braun, Köpenick,
 Kaiser-Wilhelm-Str. 69.
 Kassierer: Rudolf Budde, S. 59, Maybach-
 ufer 2.
4. Kreis. Vorsitzender: Paul Hoffmann, D. 34,
 Gubener Str. 5.

- Kassierer: Hermann Barentzin, D. 17,
 Stralauer Platz 10/11, Wahlvereins-
 bureau. Fernsprecher: Amt Königstadt,
 3759.
5. Kreis. Vorsitzender: Hermann Weise, M. D. 43,
 Georgenkirchstr. 61. Fernsprecher:
 Amt Alexander, 78.
 Kassierer: Otto Gallas, M. D. 43, Georgen-
 kirchstr. 48.
 6. Kreis. Vorsitzender: Karl Leid, N., Panf-
 straße 57.
 Kassierer: Otto Frank, N. 39, Gerichtstr. 71,
 Wahlvereinsbureau. Fernsprecher: Amt
 Norden, 2137.
- Teltow-Beeskow. Vorsitzender: Hugo Eberlein,
 Mariendorf, Ringstr. 82 I.
 Kassierer: Max Freigang, Trepow, Gräß-
 straße 24, vorn IV.
- Niederbarnim. Vorsitzender: Otto Glöckner,
 D. 112, Gryphiusstr. 34 III.
 Kassierer: Emilie Brühl, D. 112, Neue
 Bahnhofstr. 31, Wahlvereinsbureau.
 Fernsprecher: Amt Königstadt, 3912.

Monatsbeiträge für Juni 1916.

1. Kreis	—,—
2. "	—,—
3. "	—,—
4. "	—,—
5. "	100,—
6. "	—,—
Teltow-Beeskow	—,—
Niederbarnim	—,—
Diverse:	
N. B. Mitter	2,—
Unbekannt durch Thiele	3,—
Gen. Reptow	6,—
Kinderschul-Kommission:	
Dr. Landau, Wandlitz	5,—

Aus den Kreis-Wahlvereinen.

Resultat der Urwahl des II. Berliner Reichstags-Wahlkreises am 18. Juni 1916.

Abteilung Nr.	Vorsitzender			Kas- sierer		Schriftführer				Beisitzer		Revisoren			Preß- kommission			Lokal- kom- mission		Schieds- gericht		Revis. f. Groß- Berlin		Abgegebene Stimmen	
	Schröder	Jacobowski	Loßse	G. Schmidt	Sejlsinski	Budjinski	Rautmann	Pirvis	Frau Glöckner	Schrade	Frau Bumm	Reuling	Höhn	Trautmann	Moles	Krüger	Reyer	Schäfer	Schwahn	Wmann	Evwald	Jänide	Jacobowski		G. Schmidt
1 und 2	15	148	158	40	155	142	12	15	132	149	157	154	145	16	139	147	12	129	15	139	142	10	142	14	167
3	7	26	33	28	30	29	4	5	26	33	30	32	32	9	26	29	7	27	29	4	26	5	27	6	33
4	19	46	57	39	39	40	24	29	30	35	62	46	40	24	28	43	18	29	43	11	45	20	44	18	67
5	33	18	43	50	45	16	35	27	21	37	43	29	33	43	15	27	29	24	22	21	24	23	23	27	54
6	32	113	142	145	142	118	24	24	111	132	144	134	134	26	122	126	23	128	110	4	122	6	113	30	145
7	19	82	101	100	100	78	21	26	66	91	93	77	87	38	84	89	16	88	8	91	8	78	21	102	
8	40	110	150	114	152	109	39	36	104	148	148	136	138	44	117	122	30	126	33	101	126	16	111	29	157
	165	543	684	516	663	532	159	162	490	625	677	608	609	200	531	583	135	551	340	288	576	88	538	145	725